

«Personenfreizügigkeit ist antiliberal»

Grenzenlosigkeit nach aussen führt zu Unfreiheit im Innern.
Ökonom Reiner Eichenberger erklärt die Wirkung freier Zuwanderung
auf Schweizer Eigentum und Spielregeln.

Beat Gygi und Marcel Züger

In der Debatte über die Nachhaltigkeitsinitiative verläuft die Front vor allem entlang der Parteigrenzen. Wie kann man die Diskussionen auf eine breitere Grundlage stellen? Wir fragen Reiner Eichenberger, Ökonomieprofessor an der Universität Freiburg, welche gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zusammenhänge aus seiner Sicht mit der Initiative angesprochen werden.

Weltwoche: Herr Eichenberger, die Gegner der Nachhaltigkeitsinitiative kritisieren, dass eine fixe Obergrenze für die Bevölkerungszahl Planwirtschaft sei. Für Sie als Ökonom, der für Wirtschaftsfreiheit eintritt, kann Planwirtschaft ja nicht erstrebenswert sein.

Reiner Eichenberger: Das Argument mit der Planwirtschaft ist lächerlich. Ich bin nicht SVP-Mitglied und häufig ganz anderer Meinung als die Partei. Aber hier muss ich sagen: Das ist eine gute Initiative. Sie bringt keine harte Einschränkung, sondern sie verlangt, dass bis 2050 die Grenze von zehn Millionen Einwohnern nicht überschritten werden soll. Das gibt Druck, die Zuwanderung endlich klüger zu regeln, so dass die Einwohnerzahl nicht mehr so schnell wächst. Und falls die Grenze einmal echte Probleme bereitet, kann man sie ändern – so wie alle anderen Artikel der Verfassung.

Weltwoche: Das Deckel-Argument ist also nicht stichhaltig?

Eichenberger: Für die Umsetzung besteht enorm viel Spielraum. Netto können jährlich immer noch fast 40 000 Personen zuwandern. Das ist überhaupt kein harter Deckel. Und eben: Das kann man jederzeit abändern, wenn es eine Mehrheit von Volk und Ständen will. Bemerkenswert ist, dass der Deckel-Vorwurf von den gleichen Leuten kommt, die für einen absoluten Deckel bei Klimaemissionen sind. Reduktion von CO₂ auf netto null bis 2050, lautet die Verpflichtung aus einer internationalen Absprache von 200 Regierungen, von denen 150 nicht oder wenig demokratisch sind.

Weltwoche: Ein importierter Deckel?

Eichenberger: Im Gegensatz zur Nachhaltigkeitsinitiative ist die Netto-null-Limite

ein gefährliches Abkommen. Umso mehr, als die Emissionen nicht pro Kopf, sondern pro Land gelten, so dass es für unser Land durch die grosse Zuwanderung noch sehr viel schwieriger wird, die fixen Werte zu erreichen. Da wird also mit gespaltener Zunge rein strategisch gesprochen. Das ist des Bundesrates nicht würdig.

«Die Unterschiede sind so gross, dass die Wanderung sehr einseitig in die Schweiz geht.»

Er und die anderen Parteien sollten sich endlich auf eine inhaltliche Diskussion einlassen.

Weltwoche: Es herrscht eine Einheitsfront.

Eichenberger: Mit enormen gesellschaftlichen Kosten. Insbesondere die FDP hätte eine wichtige Funktion, da sie das Wort «liberal» beansprucht. Aus meiner Sicht sind liberale Lösungen die viel besseren, aber mit ihrem gegenwärtigen Verhalten baut die FDP ihren Ruf als liberale Kraft weiter ab, genauso wie der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse. Mit der Folge, dass wir mit enormen Problemen der

Zuwanderung kämpfen und die liberalen Lösungen zu schwach vertreten werden, weil FDP und Economiesuisse am Boden sind.

Weltwoche: Zentrales Argument der Initiativgegner ist, die Personenfreizügigkeit sei als liberale Regel unbedingt zu bewahren. Ist die Personenfreizügigkeit ein liberales Prinzip?

Eichenberger: Nein. Das liberale Prinzip ist Freihandel, also dass Menschen aus verschiedenen Ländern möglichst frei miteinander Handel treiben können. Dafür braucht es freien Güter-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr. Aber der freie Personenverkehr im Sinne der Personenfreizügigkeit ist nicht liberal. Das haben die liberalen Denker schon oft und klar dargelegt, zum Beispiel Milton Friedman. Personenfreizügigkeit funktioniert nur, wenn es keinen Sozialstaat gibt oder die Niveaus der Lebensqualität sehr ähnlich sind.

Weltwoche: Also sehr eingeschränkt?

Eichenberger: Natürlich ist es für Wandernde schön, wenn sie frei dorthin ziehen können, wo es ihnen wohl ist. Aber wenn in einem Land öffentliche Leistungen auf Kosten der Allgemeinheit bereitgestellt werden und ein über Investitionen und Vorleistungen aufgebautes Vermögen aus Infrastruktur, Immobilien, Institutionen, Umweltgütern et cetera besteht, ist es nicht im Geringsten liberal, wenn Zuwanderern einfach gratis der Zugang zu all diesen Errungenschaften gewährt wird.

Weltwoche: Was heisst das für die Schweiz?

Eichenberger: Innerhalb der Schweiz ist Personenfreizügigkeit gut, weil die Lebensqualität überall hinreichend ähnlich ist, so dass die Wanderung ziemlich symmetrisch ist und nirgends grosse Probleme verursacht. Zwischen der Schweiz und vielen EU-Ländern sind die Unterschiede aber so gross, dass die Wanderung sehr einseitig in die Schweiz geht und hier grosse Probleme schafft. Das schweizerische Nettovermögen im Staatssektor beträgt, konservativ geschätzt, rund 300 Milliarden Franken. Das ist ein riesiger Vermögensbestand. Angefangen bei Firmen, die dem Staat gehören, dazu sehr viel Land, Immobilien und Infra-



«Enorm viel Spielraum»: Eichenberger.



«Verdichten ohne Verlust der Lebensqualität geht fast nie.»

struktur im Staatsbesitz. Das sind reale Werte, die aufgebaut wurden von den Menschen, die hier lebten und leben.

Weltwoche: Und denen also das Eigentumsrecht daran gehört?

Eichenberger: Ja, denn wenn diese umfangreichen Investitionen von Zuzüglern genutzt werden, die nur für den Unterhalt bezahlen, ändert sich das Spiel. Dann lohnt es sich nicht mehr für die Ansässigen, solche Kosten auf sich

«Der Deckel-Vorwurf kommt von den gleichen Leuten, die für einen Deckel bei Klimaemissionen sind.»

zu nehmen, um das Land in Ordnung zu halten. Dann rechnet es sich nicht mehr, zu investieren, Schulden in Grenzen zu halten und Vermögen aufzubauen. Im Gegenteil: Dann lebt man möglichst auf Pump.

Weltwoche: Wer unbegrenzte Zuwanderung fordert, nimmt also eine Enteignung der ansässigen Bürger in Kauf?

Eichenberger: Ja, und das zeugt von fehlendem Wissen über ökonomische Zusammenhänge. Für die Existenz des Staats gibt es gute Gründe, nämlich das Beheben von Marktversagen. Das ist eine sehr teure, aber höchst wertvolle Leistung für die Gesellschaft. Deshalb muss man auch definieren, wer von den Früchten dieser Anstrengungen profitieren darf. Dies sind logischerweise die im Land ansässigen Bürger. Wenn dagegen alle Interessierten beliebig profitieren können, kommt es zum Allmendproblem. Bildlich gesprochen: Wenn die Allmend, die gemeinsame Weide des Dorfes, von allen beliebig genutzt werden kann, wenn eine Regelung der Nutzungsrechte fehlt, wird sie überweidet und geht kaputt.

Weltwoche: Führt die Personenfreizügigkeit zu einer Art Kollektivierung der Allmend?

Eichenberger: Die Personenfreizügigkeit mit der EU ist antiliberal und im Grunde eine sozialistische Idee, eine weltsozialistische Idee oder genauer eine europasozialistische Idee. Es ist skurril, es sind nicht mal Weltsozialisten, es sind Sozialisten mit einem eurozentrischen

Weltbild nach dem Motto: Die Schweiz gehört auch allen Europäern, es dürfen alle Europäer kommen, aber nur Europäer. Darin zeigt sich geistige Dürftigkeit: Es gilt als liberal, für alle Europäer offen zu sein, aber natürlich nicht für die Afrikaner.

Weltwoche: Neben dem Bild der Allmend könnte man doch auch das Bild einer WG heranziehen. Wenn sich alle in der WG frei aus dem Kühlschrank bedienen können und keine Regelung besteht, wie man ihn füllt, dann kann sich jeder frei bedienen – bis es nicht mehr geht.

Eichenberger: Die WG ist ein prima Bild, das ich gerne übernehme. Je mehr Leute in der WG sind und die offene Tür nutzen, desto stärker muss man regeln, wer den Kühlschrank befüllt, wer sich wie bedienen darf, sonst funktioniert es nicht. Dazu passt die ökonomische Theorie der Klubs. Sobald ein Klub etwas Wertvolles besitzt – etwa ein Golfklub, wo die angestammten Mitglieder schon jahrelang Arbeit und Geld in die Anlagen gesteckt haben –, ist ein Eintrittspreis für Neumitglieder selbstverständlich. Damit zahlen die Neuen ihren An-

teil an das erarbeitete Vermögen. Klub und WG sind auch deshalb gute Analogien, weil da ebenfalls Persönliches eingebracht wurde, nicht nur Geld, sondern auch soziales Engagement, kulturelle Übereinstimmung. Man sucht sich die Leute aus, mit denen es gutgeht.

Weltwoche: Würden Sie für den Zuzug in die Schweiz Kontingente einführen?

Eichenberger: Wir müssen einen Teil der riesigen Vorteile der Zuwanderer abschöpfen. Ganz einfach ginge das mit einer Aufenthaltsabgabe nach Art einer Kurtaxe. Das wären Kontingente für den Aufenthalt in der Schweiz, die man zu einem fixen Preis erwerben kann.

Weltwoche: Wie hoch wäre dieser?

Eichenberger: Wir vertreten pro Tag 15 bis 25 Franken während drei bis fünf Jahren, also insgesamt bis 50 000 Franken. Aber Vorsicht: Ein typischer Deutscher, der in die Schweiz kommt,

«Wenn wir dagegen nach aussen offen sind, dann müssen wir innen unsere Regeln verschärfen.»

verdient anstatt 60 000 Euro 100 000 Franken, zahlt trotzdem weniger Steuern und erhält eine höhere Rente. Das macht, übers Leben gesehen und kaufkraftbereinigt, 1,5 bis 2 Millionen Franken. Da erscheinen 50 000 Franken fast unfair tief.

Weltwoche: Was macht man mit dem Geld?

Eichenberger: Wir würden die Mehrwertsteuer senken. Aber man könnte es auch pauschal pro Kopf an die Einwohner geben oder gezielt für Steuersenkungen oder Leistungen für bestimmte Gruppen einsetzen. Dazu brauchen wir eine Debatte in der breiten Öffentlichkeit.

Weltwoche: Warum verläuft eigentlich die Grenze zwischen Befürwortern und Gegnern der Initiative einfach entlang der Parteigrenzen: SVP dafür, alle andern dagegen? Es kann ja nicht sein, dass die Interessengruppen pro und contra parteimässig so trennscharf aufgestellt sind.

Eichenberger: Ich sehe darin parteipolitisches Kalkül. Parteien müssen sich positionieren und abgrenzen. Das führt auch zu einem Fraktionszwang, der parteiinterne Unterschiede überdeckt. Am ausgeprägtesten bei SP und Grünen, etwas weniger bei SVP und FDP. Bei der FDP kommt hinzu, dass sie damals im Jahr 2000 bei der Frage der Personenfreizügigkeit falsch abgebogen ist, wenn man einen liberalen Massstab anlegt. Wie Bundesrat und Economiesuisse auch.

Weltwoche: Was meinen Sie damit?

Eichenberger: Die Personenfreizügigkeit mit den bilateralen Verträgen war von Anfang an eine Fehlkonstruktion. Dies jedenfalls aus Sicht der Normalbürger, deren Lebensqualität stark vom Bruttoinlandprodukt pro Kopf abhängt und nicht vom gesamten Bruttoinland-



produkt des Landes. Im Jahr 2000 haben zudem völlig falsche Prognosen über die Entwicklung der Schweiz die Stimmung geprägt.

Weltwoche: Zu pessimistische?

Eichenberger: Damals prognostizierte ein Buch von Avenir Suisse, dass die Schweiz bis 2030 das zweitärmste Land in Westeuropa sein werde. Argumentiert wurde vor dem Hintergrund, dass die EU in den 1990er Jahren eine vergleichsweise positive Phase hatte mit der Schaffung des Binnenmarktes, während die Schweiz unter den Folgen der Immobilienkrise litt, und zudem der Mauerfall neue Horizonte auftrat. Es war ein völliges Missverständnis der Stärken und Schwächen der Schweiz, verbunden mit einem Misstrauen gegenüber Föderalismus und direkter Demokratie.

Weltwoche: Die man heute anders anschaut.

Eichenberger: Mittlerweile ist Konsens unter Ökonomen, die sich ernsthaft damit beschäftigen haben, dass Föderalismus und direkte Demokratie zwei zentrale Institutionen sind, die man stärken und wieder funktionsfähiger machen soll. Hingegen erscheinen die damals vereinbarten Bilateralen I in düsterem Licht: Diese Abkommen sind wirtschaftlich einfach nicht viel wert.

Weltwoche: Bundesrat und Economiesuisse erzählen etwas anderes.

Eichenberger: Sogar die vom Bund selber in Auftrag gegebenen Studien haben gezeigt, dass die Verträge wirtschaftlich nicht von Bedeutung sind. Das sieht auch jeder, der die Verträge liest.

Weltwoche: Warum läuft denn die offizielle Propaganda derart intensiv pro Zuwanderung?

Eichenberger: Es gibt Normalbürger und Spezialbürger. Bundesrat und Mehrheitspolitiker gehören zu den Spezialbürgern. Sie profitieren von einem möglichst grossen Gesamt-BIP. Mit Zuwanderung und damit Bevölkerungswachstum wachsen die Steuereinnahmen wenigstens proportional und praktisch sofort. Betreibt eine Regierung hingegen gute Wirtschaftspolitik, bringt sie es auch unter grosser Anstrengung nicht auf ein Zusatzwachstum von 1 Prozent. Mit dem gegenwärtigen Bevölkerungswachstum hingegen wird ihr das geschenkt. Das lieben Regierungen: sofort Kohle zum sofort Ausgeben! Das gilt auch für Gemeinden. Viele Gemeindepräsidenten und Gemeinderäte sind

wie wachstumssüchtig. Wenn dann aber die notwendigen Infrastrukturinvestitionen kommen, ergeben sich Riesenprobleme, weil das Geld schon ausgegeben ist.

Weltwoche: Auch die Wirtschaft weibelt für die Personenfreizügigkeit.

Eichenberger: Das ist die zweite Gruppe von Spezialbürgern: Leute in Firmen, die mit der Zuwanderung wachsen, und Chefs der Wirtschaftsverbände. 1 Prozent Bevölkerungswachstum pro Jahr bringt der Migros 1 Prozent mehr Umsatz, geschenkt. Die normalen Mitarbeiter haben nichts davon, aber die Chefs oben profitieren: Ihre Führungsspannen, Umsätze, Mitgliederzahlen und Boni wachsen.

Weltwoche: Leidet das Milizsystem?

Eichenberger: Ja, und wie! Mit der Zuwanderung wächst die Bevölkerung und damit der Bedarf an Milizarbeit – in Politik, Feuerwehr, Vereinen, Militär und in vielen anderen Bereichen. Da aber vor allem die Schweizer Milizarbeit leisten und ihre Zahl kaum wächst, droht dem Milizsystem Überlastung – und wirklich Chaos.

Weltwoche: Sind die Kantone auch wachstumssüchtig?

Eichenberger: Leider ja. Ein typisches Opfer ist Freiburg. Neben Zug hat es in den letzten 25 Jahren mit 47 Prozent das grösste Bevölkerungswachstum gehabt. Jetzt steckt es in einer eigentlichen Finanzkrise. Die Infrastruktur muss dringend der Bevölkerung angepasst werden, aber die schnellen Steuereinnahmen sind längst ausgegeben.

Weltwoche: Was Sie ansprechen, ist ja eigentlich qualitatives Wachstum. Vor vierzig Jahren hatte Links-Grün ja genau das propagiert, und das sind jetzt die grössten Gegner der Initiative. Wie geht das?

Eichenberger: Grüne, die behaupten, das Bevölkerungswachstum belastet die Umwelt nicht, tun mir sehr leid. Sie müssen unter schrecklichen Zwängen stehen. Aber immerhin

«Die Personenfreizügigkeit mit den bilateralen Verträgen war von Anfang an eine Fehlkonstruktion.»

sind sie in guter Gesellschaft mit dem Bundesrat. Seine Botschaft zum Rahmenabkommen oder zu den sogenannten Bilateralen III hat 1100 Seiten, davon ein Kapitel zur Personenfreizügigkeit mit 210 Seiten mit einem Abschnitt zu Personenfreizügigkeit und Umwelt. Wie lang ist wohl dieser Abschnitt? Es ist ein Satz, der lautet: «Die Vorlage hat namentlich in Bezug auf die Umwelt keine weiteren Auswirkungen.» Wie kann man so etwas schreiben? Ein Witz!

Weltwoche: Es wird ja gebaut wie noch nie, oft auf der grünen Wiese. Statt einzuzonen, könnte verdichtet werden.

Eichenberger: Verdichten ohne Verlust der Lebensqualität geht fast nie.

Weltwoche: Es gibt Architekten, die neue Wohnkonzepte extra dafür erstellen.

Eichenberger: Ja, selbstverständlich kann man das. Aber all die tollen Projekte, die mehr Lebensqualität bringen, könnte man noch viel besser und billiger machen ohne zusätzliche Menschen.

Weltwoche: Wenn man die Zuwanderung laufen liesse, wo käme man hin?

Eichenberger: Infolge der freien Wanderung müssen sich die Lebensqualität der Schweiz und jene der EU sehr stark annähern. Das geht weniger durch sichtbare Senkung des BIP pro Kopf als durch Verknappung und Verteuerung von Gütern, die nicht im BIP enthalten sind (z. B. Umweltqualität) oder für die es nichtmonetäre Preise gibt (z. B. Staus und Wartezeiten). Aber klar, Zuwanderer bringen uns Nach- und Vorteile. Deshalb braucht es eine vernünftige Steuerung, so dass wir weniger Nach- und mehr Vorteile haben.

Weltwoche: Das Argument gegen eine Steuerung ist, dass die Zuwanderung sich nicht wirklich regeln lasse.

Eichenberger: Dieses Argument bringen die Wirtschaftsverbände: Der beste Steuerungs-

mechanismus sei doch, dass die Wirtschaft ausliest, wen sie braucht. Das ignoriert all die vielfältigen negativen Auswirkungen auf die Allgemeinheit. Es ist etwa so einfältig wie zu sagen, die Wirtschaft solle die Umwelt gratis und unreguliert nutzen können, denn sie könne am besten entscheiden, wie viel Umweltbelastung optimal sei.

Weltwoche: Man erhält den Eindruck, dass es die Personenfreizügigkeit ist, die zu Planwirtschaft führt, nicht deren Begrenzung.

Eichenberger: Es ist ganz klar: Wenn wir gegen aussen wirksame Grenzen haben, dann haben wir innen mehr Freiheit. Wenn wir dagegen nach aussen offen sind, dann müssen wir innen unsere Regeln verschärfen. Wie bei der WG: Wenn die Tür immer offensteht, muss die Freiheit im Innern umso mehr eingeschränkt werden.

Weltwoche: Die Zentren und die Randregionen driften immer weiter auseinander. Wie bringt man die wieder zusammen?

Eichenberger: Auch wenn die Schweizer Randregionen im internationalen Vergleich noch blühen: Sie haben grosse Probleme. Absolut zentral ist der Finanzausgleich. Er wirkt wie Sozialhilfe, Sozialhilfe zwischen Kantonen und Sozialhilfe in jedem Kanton zwischen seinen

Gemeinden. Das Prinzip heisst: Man hebt die Schwachen auf ein bestimmtes Niveau, und die Reichen müssen das finanzieren. Das Problem ist, dass die Armen nur noch schwache oder keine Anreize mehr haben, sich zu entwickeln.

Weltwoche: Reizthema Wolf. Wie bei vielen Themen des Stadt-Land-Grabens entscheiden die Zentren mehr und mehr über die Peri-

«Das Problem ist, dass die Armen nur noch schwache oder keine Anreize mehr haben, sich zu entwickeln.»

pherie. Es wachsen vor allem die Städte und Agglomerationen, und die sind mehrheitlich links. So geraten die Berg- und Landgebiete in eine komplette Bevormundung.

Eichenberger: Ja, das ist ein wichtiges Argument, das bisher gerade in der Verdichtungsdebatte fehlt. Wenn im schon dichtbesiedelten Raum noch verdichtet wird, nimmt der Unterschied in den Lebenswelten von «Dicht und Land» zu. Deshalb müssten mit dem Bevölkerungswachstum auch Reformen zur Stärkung der Eigenverantwortlichkeit der verschiedenen Gebiete stattfinden, eben auch des Finanzausgleichs.

FOKUSKMU
Alle sind Wirtschaft.

«Keine 10-Millionen-Schweiz»: Richtiges oder falsches Rezept?

Ab Montag, 25. Mai, täglich ab 17.30 Uhr auf



www.fokus-kmu.tv



Sponsoringpartner



Eine Sendung des
Schweizerischen
Gewerbeverbands
sgv@usam